



Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Februar d. J. dem pensionierten Steueramtsdiener in Idria Anton Jesch in Anerkennung seiner vielfährigen, treuen und eifrigen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Die österreichischen Genossenschaften und ihre Besteuerung.

II.

Einen Gegenstand der lebhaftesten Anfechtungen in genossenschaftlichen Kreisen bildet das seitens der Finanzverwaltung erlassene Regulativ für Vorschussklassen vom 28. Mai 1875. Es scheint uns charakteristisch, daß die Polemik gegen dieses Regulativ einen Passus des letzteren konsequenter unterdrückt, der gleichwol für die Sache von Bedeutung ist. In demselben werden die Steuerbehörden angewiesen, „bei der Wahl des Steuerjahres dem gemeinnützigen Zwecke der Vorschussklassen billige Rechnung zu tragen“ und „insbesondere nach Umständen hierbei von der mit dem Ministerialerlasse vom 16. April 1857 erhaltenen Ermächtigung zur Anwendung von Mitteln entsprechenden Gebrauch zu machen.“ Uebrigens citirt unseres Wissens auch ein früherer Erlaß des Finanzministeriums vom Jahre 1871, welcher den Finanz-Landesdirectionen, „um den Genossenschaften die möglichste Erleichterung zu gewähren,“ einschärft, „daß behufs der Einkommensteuer-Bemessung das nachgewiesene Einkommen durch Ausschreibung aller Zinsen, welche von auf Grund und Boden elocirten Kapitalien oder von Darlehen an Gewerbetreibende herrühren, angemessen richtigzustellen und bei der Erwerbsteuer-Bemessung auch auf die eng begrenzte Erwerbsfähigkeit dieser Vereine Rücksicht zu nehmen sei.“ Wir denken, jeder Unbefangene wird nach diesen Verfügungen zu dem Schlusse kommen, daß die Finanzverwaltung sich durchaus nicht auf den streng fiscalischen Standpunkt stelle, sondern dem sozialen Elemente in den Genossenschaften, dem humanitären Zwecke derselben, bereitwillig Rechnung trug.

Was aber will die in Genossenschaftskreisen geführte Agitation, deren Ursprung und Beschaffenheit wir schon in unserem gestrigen Artikel kurz bezeichnet haben? Nicht Steuer-Ermäßigungen bloß strebt diese Bewegung an, sondern das eigentliche letzte Ziel derselben bildet die völlige Steuerfreiheit der Genossenschaften. Dies geht aus zahlreichen Rundgebungen, insbesondere auch in dem

Organe des Genossenschaftsverbandes, hervor. Die Genossenschaften oder vielmehr ihre Anwälte begründen ihr Begehren vom sozialen Standpunkte aus. Dieser Standpunkt hat ohne Zweifel eine gewisse Berechtigung, wie unsere eigenen Ausführungen nachgewiesen haben. Die österreichische Finanzverwaltung sucht auch, wie sich nicht verkennen läßt, dem sozialen Momente gerecht zu werden, sie that dies in den neuen Steuervorlagen sogar in so energischer Weise, daß sie sich von einzelnen, allerdings wolbegüterten Abgeordneten den Vorwurf sozialistischer Tendenzen bieten lassen mußte. Daraus kann aber doch wahrlich nicht gefolgert werden, daß sich eine Regierung unter dem Scheine oder dem Einflusse der sozialen Rücksicht Zugeständnisse abnötigen lassen darf, welche mit den Grundzügen einer gerechten und rationalen Steuerpolitik einfach nicht vereinbarlich sind. „Die Gesetzgebung kann, ohne gegenüber den anderen Steuerträgern ungerecht zu handeln, Ausnahmen von der allgemeinen Steuerpflicht für Gesellschaften deshalb, weil diese unter der Form von Erwerbs- oder Wirtschaftsgenossenschaften sich ein Einkommen verschaffen, nicht eintreten lassen.“ Diese Ausführung des Motivenberichts der Regierung zu der Steuerreform vom Jahre 1874 ist mit einer gewissen Einschränkung, die noch zu erörtern sein wird, ganz zutreffend. Die Genossenschaft ist denn doch gleich jeder anderen Association eine selbständige juristische Person, sie ist ein wirtschaftliches Subjekt, welches ein Einkommen erzielt, und dieses Einkommen, welches im Wege der durch die Vereinigung erhöhten Kreditfähigkeit geschafft wird — daran können Wortspielereien wie jene mit der „Besteuerung der Kreditfähigkeit“ nichts ändern — muß besteuert werden. Man klage immerhin, der Fiskus sei gleich hinter jedem neuen wirtschaftlichen Organismus hinterher, um denselben seinen Ansprüchen dienlich zu machen. Das liegt eben im Wesen der staatlichen Gemeinschaft. Selbst wenn die Bedürfnisse des Staatshaushaltes weit geringer wären, als sie wirklich sind, wäre es ein Fehler der Steuerpolitik, weil eine Ungerechtigkeit, wenn man von der Allgemeinheit der Besteuerung abgehen würde. Das Privilegium der Steuerfreiheit in einem Falle zu gewähren, wo, wie bei der Mehrheit der Genossenschaften, die Voraussetzungen der Steuerpflicht vorhanden sind und insoweit diese Voraussetzungen eben vorhanden sind, ließe sich in keiner Weise rechtfertigen.

Man übersehe doch nicht, daß sich die Genossenschaften, unbeschadet ihres humanitären Berufes, gute Theils in recht behaglichen Erwerbverhältnissen befinden, wie ein Blick auf die ausgewiesenen Erwerbsergebnisse zeigt. Greifen wir als Beispiel nur einige Genossenschaften heraus, welche verschiedenartigen Branchen angehören und unter ganz entgegengesetzten äußeren Verhältnissen bestehen: Der Spar- und Vorschussverein in

Graslitz (Böhmen) hat in den Jahren 1868 bis 1874 an Superdividenden — also außer der sogenannten fünfprozentigen Verzinsung der Genossenschaftsantheile, welche eigentlich gleichfalls eine Gewinndividende darstellt — vertheilt: 30 Prozent, 15, 10, 10, 12, 10 und 7 Prozent; die Beamtenconsortien vertheilen durchschnittlich 8 bis 10 Prozent; die „Surahumora“, ein Vorschussverein in der Bukowina, zahlt für Einlagen 8 Prozent und fordert für Vorschüsse 24 Prozent. Rücksichtlich einer gewissen Kategorie von Genossenschaften verdient als Argument gegen das Begehren nach Steuerfreiheit wol auch die Thatsache Erwähnung, daß aus gewerbetreibenden steuerzahlenden Kreisen der Bevölkerung zahlreiche Beschwerden und Proteste gegen die Gewährung einer solchen Begünstigung vorliegen, gegen ein Zugeständnis, durch welches die konkurrierenden Einzelunternehmungen wesentlich geschädigt würden. Wir glauben es bei diesen Bemerkungen verwenden lassen zu können, denn die Forderung völliger Steuerfreiheit für die Genossenschaften findet, abgesehen von den zunächst Beteiligten, die als Partei sicherlich nicht maßgebend sein können, nirgends nennenswerthe Unterstützung, wie sich dies erst jüngst wieder in den Verhandlungen des Steuerreform-Ausschusses eklatant gezeigt hat.

Der Friedensschluß mit Serbien.

Der Friede zwischen Serbien und der Pforte ist perfekt. Nach längeren Verhandlungen wurde endlich am 28. Februar in Konstantinopel zwischen den serbischen Delegirten und dem die Verhandlungen leitenden türkischen Minister des Auswärtigen ein vollständiges Einverständnis erzielt, das sofort zu Protokoll gebracht und ratificirt wurde. Die Grundlagen, auf welche der Friede geschlossen worden ist, sind der status quo, die Amnestie und die Räumung des serbischen Gebietes innerhalb zwölf Tagen. Serbien verpflichtet sich dagegen, keine neuen Befestigungswerke zu errichten, die ottomanische Flagge neben der serbischen in Belgrad aufzuhissen und die Bildung bewaffneter Banden zu hindern. Diese Konzessionen wird die Regierung des Fürsten Milan in einer Note der Pforte zugestehen; letztere nimmt von diesen Erklärungen Akt und der Sultan fertigt dem Fürsten, der ausdrücklich in einem Telegramm an den Großvezier seine Zustimmung zu denselben gibt, einen neuen Ferman aus. Die Zwornik-Frage und der Vorschlag zur Errichtung einer türkischen Agentur in Belgrad sind gegenseitig kompensirt worden.

Wie bestimmt gemeldet wird, ist auch die große serbische Klupschtsina dem Friedensabschlusse nach kurzen Verhandlungen beigetreten, worauf dieselbe sofort geschlossen wurde. Ueber die dem Botum voraus-

Feuilleton.

Der Jahres-Sanitätsbericht der Stadt Laibach.

(Schluß.)

Der Bericht übergeht sodann zur örtlichen Vertheilung der Mortalität, und da es uns zu weit führen würde, diesen interessanten statistischen und tabellarischen Ausführungen ins Detail zu folgen, sei nur bemerkt, daß auch hier die relativ größte Sterblichkeit auf den Moorgrund (45 Pct der dortigen Bevölkerung) entfällt, die geringste Sterblichkeit mit 2.2 und 2.3 Pct. zeigen. Diese günstigeren Verhältnisse der Sterblichkeit der innern Stadt, der Kapuziner- und Polanavorstadt resultieren aus der Bodenbeschaffenheit (hohe Lage auf Schotterboden) und die größere Wohlhabenheit der dortigen Bewohner. Wir übergehen die ausführlichen Erörterungen der zeitlichen Vertheilung der Mortalität nach Monaten und erwähnen nur, daß der Bericht sodann die Mortalität der Spitäler und Anstalten der Stadt bespricht. Bemerkenswerth erscheint in letzterem Kapitel die Schilderung des städtischen Versorgungshauses. In demselben starben 13 Personen von 98 sogenannt Verpflegten, also 11.8 Pct. derselben. Nicht ohne Ironie gedenkt der Verfasser des Berichtes der Reformen, die im Jahre 1875 daselbst ins Werk gesetzt wurden; es wurde nämlich das Haus von außen gleich geweißt, etwas größere Fenster als früher, wenn gleich noch immer zu kleine, eingefestigt, ja sogar die

Zimmerthüren frisch angestrichen und die Sentgrube gedeckt; der alte Hausmeister entlassen und ein neuer angestellt, sonst aber blieb alles beim Alten, und so fehlt dieser Anstalt so ziemlich alles, was für eine solche notwendig erscheint. Die Zimmer sind klein, überfüllt, selbst kellerartige Räume werden zur Unterbringung von Pfründern benützt, es fehlt ein Garten, ein Zimmer für Schwerkrante, jede Verpflegung im Hause, eine Regelung des Ausgehens der Pfründer und die Reinlichkeit. Versuche des Stadtschiffers, Reformen durchzuführen, scheiterten am Widerstande des Magistrates. Der Bericht gipfelt schließlich in dieser Frage in einer Reihe von Reformanträgen auf Grundlage jener, die Dr. Reesbacher in einer Gemeinderathssitzung des Jahres 1874 stellte, als er die Zustände des Armenhauses einer, wie Dr. Kovatsch meint, schonungslosen Kritik unterzog: 1. Ankauf eines Bauplatzes und Bau eines den Anforderungen der Neuzeit entsprechenden Hauses oder Ankauf eines zu adaptierenden Hauses mit entsprechendem Grundcomplex; 2. Verkauf der jetzigen Häuser; 3. Einführung der Naturalverpflegung; 4. Einführung von Krankenzimmern; 5. Aufnahme von Wärtern; 6. Einführung der Klausur.

Den Schluß des Berichtes bildet die Volksbewegung.

Im Jahre 1875 wurden in Laibach 231 Ehen geschlossen, es wurden 792 Kinder geboren, davon 573 eheliche, 219 uneheliche, 407 männlichen, 385 weiblichen Geschlechtes. Der jüngste Bräutigam war 22, der älteste 74 Jahre alt, die jüngste Braut 17, die älteste 50 Jahre alt, im Vorjahre (18 und 70 Jahre.)

Diesem Berichte folgt sodann ein Anhang über die Thätigkeit des Stadtschiffers im Jahre 1875, dem wir

eine Reihe interessanter Details und vor allem die Ueberzeugung von der ungemeinen Nüchternheit unseres Stadtschiffers entnehmen. Diese Thätigkeit bezieht sich:

I. Auf Häuser und deren Bestandtheile.

Der Stadtschiffer beanstandete 6 Kellerwohnungen, nur bei zweien gelang es, einen Erfolg zu erzielen. Bezüglich des Wohnungskonsums stellt der Stadtschiffer eine Reihe von Anträgen, die aber infolge der mittlerweile aktivierten Bauordnung gegenstandslos geworden sind.

Sentgruben und Kanäle.

Im Jahre 1875 wurden 800 Häuser, und zwar jedes mindestens dreimal begangen, somit im ganzen mindestens 2400 Beaugenscheinigungen vorgenommen und hierbei 300 Anstände erhoben. Diese Anstände betrafen Aborte, welche gesundheitschädliche Dünste verbreiten; Sentgruben, die nicht oder schlecht gedeckt oder überfüllt waren oder deren Umgebung sehr unrein gehalten wurde; Kanäle, die verstopft waren. In der inneren Stadt wurden 50 Anstände erhoben, in der St. Peteravorstadt 15, in der Polana 30, in der Kapuzinerstadt 8, Gradtscha 17, Krakau und Tienau 10, Karlstädtervorstadt 9.

Der Stadtschiffer plaidirt sodann für die Einführung des Fassesystems für Neu- und Umbauten, Verbesserung der bestehenden Sentgruben u. s. w. Der Bericht tadelt ferner den Mangel an gut konstruirten Pissoirs. Düngergruben waren ebenfalls zahlreich der Gegenstand sanitätspolizeilicher Anstände, ebenso Ställe.

Es folgt sodann ein Bericht über die Thätigkeit der Brunnenkommission.

gegangenen bewegten Szenen in der serbischen Nationalversammlung und die hierbei vom Fürsten Milan gehaltene Thronrede, geht dem „N. W. Tgbl.“ auf telegraphischem Wege nachstehende, aus Belgrad den 28. Februar 3 Uhr nachmittags datierte Darstellung zu:

Nachdem gestern abends die Verifizierung der Wahlen beendet und die Präsidentenwahl vorgenommen worden war, erschien heute vormittags halb 10 Uhr Fürst Milan zur feierlichen Eröffnung in der Skupschina, wohin er von einer Deputation von Abgeordneten abgeholt wurde. Das gesammte Ministerium war anwesend. Der Fürst sprach die Thronrede, welche über eine Stunde in Anspruch nahm. Der wesentliche Inhalt derselben ist:

Die Thronrede behandelt zuerst den durch die Barbarei der Türken ausgebrochenen Zustand in der Herzegowina und Bosnien und daß diese Völker dringende Hilfe von Serbien verlangten. Alle Mächte Europa's bemühten sich, Reformen für diese geknechteten Völker von der Pforte zu verlangen, doch bewilligte sie die Türkei nicht. Serbien war gezwungen, zu rüsten und seine Truppen an die Grenze zu schicken. Während dieser Zeit kamen fortwährend an der Grenze Verletzungen durch Türken vor und wurde Oberst Dreškovic nach Widin geschickt, um diese Streitigkeiten zu schlichten. Die Mission hatte kein Resultat und Serbien sah sich genöthigt, um seine Ehre zu retten und den aufständischen Brüdern zu helfen, den Krieg der Pforte zu erklären. Mit Montenegro wurde ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen, welches auch heute noch besteht.

Nach Schilderung der militärischen Lage des Landes während des Krieges erwähnte der Fürst, daß Serbien im August vorigen Jahres um den Frieden ersuchte. Die Pforte verlangte solche Garantien, daß sowohl Serbien als die Garantmächte dieselben für unannehmbar erklärten. Die Türkei verlangte ihrerseits mehrmals einen Waffenstillstand, damit sie ihre Armee komplettieren könne, aber Serbien bewilligte nur einen solchen von vierzehn Tagen, welcher oft verletzt wurde. Erst nach der Niederlage von Djunis wurde durch die Vermittlung Rußlands jener Waffenstillstand geschlossen, welcher bis heute besteht.

Der Fürst erwähnte hierauf die Erfolglosigkeit der Stambuler Konferenz und die neuen Friedensverhandlungen, und daß die Pforte über Wien um Frieden ansuchte, schließlich besprach er die Entsendung der Friedensdelegierten nach Stambul und die Schlussvereinbarungen. Rußland habe den Separatfrieden Serbiens genehmigt. Serbien sei nicht in der Lage, noch fernere Krieg zu führen, und mögen die Abgeordneten mit Rücksicht auf das Wohl des Landes ihr Votum abgeben. Außerdem erwähnte der Fürst noch, daß den Insurgenten straffreie Rückkehr in die Heimat und volle Amnestie zugesichert werde. Der Waffenstillstand gehe heute abends 10 Uhr zu Ende, die Pforte bewilligte keine Verlängerung, und man möge sofort über den Friedensschluß oder Fortführung des Krieges entscheiden.

Der Fürst zog sich hierauf zurück. Ristić gab ein einstündiges Exposé über die Verhandlungen und die Friedensstipulationen, wurde aber sofort von drei Abgeordneten mit der Frage unterbrochen, ob Serbien im Einverständnis mit Rußland handle. Die Majorität ließ dieselben jedoch nicht zum Worte kommen und Ristić erwähnte, daß der Krieg mit Einwilligung der Skupschina geführt, der Friede mit Bewilligung Rußlands geschlossen werde.

II. Reinhaltung des Luftkreises.

In dieser Richtung rügt der Bericht die mangelhafte Bespritzung der Straßen, namentlich das Abkehren derselben ohne vorhergegangene Ausspritzung, die mangelhafte Reinigung der Fialerstandsplätze, namentlich die Unterlassung der früher vom Magistrat veranlaßten Desinfection derselben mit Carbonsäure. Bezüglich des Straßenstaubes konstatiert der Bericht, daß in Laibach jährlich 130—140 Todesfälle an Tuberkulose, also 15% aller Sterbefälle vorkommen.

Hinsichtlich des Straßenehrichts wurde insofern eine Abhilfe getroffen, als die Ablagerung desselben hinter den Häusern 14 und 15 der St. Petersvorstadt aufgehoben wurde. Düngeranhäufungen in den Höfen der Häuser wurden zu wiederholtenmalen beanstandet. Amtshandlungen und Geldstrafen wegen zu frühen Verführens von Fäkalstoffen wurden nur 15 vorgenommen, obwohl sich solche Fälle bekanntlich nahezu täglich ereignen. Die schmutzige Wäsche lagert noch immer in den Hausläuben der Stadt. Ferners ergaben sich Anstände betreffs des Betriebes von Gewerben, deren Nähe den Nachbarn wegen gesundheitsschädlicher Einflüsse lästig fallen, als Gerberei, Knochenfiederei u. s. w.

III. Nahrungs- und Genußmittel.

In dieser Richtung beklagt der Bericht die mangelhafte Marktaufsicht in sanitärer Beziehung. Der Schwämme-, Obst- und Fischmarkt wurde vom Stadtschiffahrtsamt unmittelbar beaufsichtigt. Das vom Stadtschiffahrtsamt wiederholt beantragte Abscheiden des reifen vom halbreifen Obstes und Bezeichnen des letzteren als Einlegeobst wurde, obwohl in Wien seit langem geübt, auch dieses Jahr nicht durchgeführt. Von Obst wurde sehr viel

Die Friedensstipulationen sind: Das Territorium auf Grundlage des status quo ante bellum, die Frage wegen Gleichberechtigung der Israeliten und Armenier wurde von der Pforte als innere Angelegenheit Serbiens fallen gelassen, die Flagenfrage von Serbien zugestanden. Betreffs der Installation eines kaiserlichen Agenten in Belgrad sei die Frage offen gelassen, weil die Functionen desselben von der Pforte nicht genau bestimmt seien. Gegen die Anwesenheit eines türkischen Konsuls habe man nichts einzuwenden. Binnen 12 Tagen werden die türkischen Truppen das serbische Gebiet räumen.

Nachdem über jeden einzelnen Punkt abgestimmt worden, wurde der Friede proklamiert. Hierauf erschien der Fürst abermals und beglückwünschte die Skupschina zu ihrem Votum. Gleichzeitig erklärte er, daß dieselbe ihre Aufgabe beendet habe, die Session daher geschlossen sei. Der Minister verlas sodann den fürstlichen Ukas, welcher die sofortige Schließung der großen National-Skupschina anordnet, nachdem dieselbe ihre auf Artikel V, § 89 des Ustav basierende Mission beendet habe. (Sensation.) Die Sitzung war vollständig geheim, der Schluß derselben erfolgte um halb 12 Uhr.

Politische Uebersicht.

Laibach, 2. März.

Im Eisenbahn-Ausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses begann gestern die Spezialdebatte über den Gesekentwurf, betreffend die Regelung der Verhältnisse der garantierten Bahnen. Die meisten Redner sprachen sich dafür aus, daß die Deckung der Betriebsdefizite nicht bloß theilweise zu geschehen habe, sondern daß prinzipiell die Deckung dieser Betriebsabgänge durch Vorschüsse zu beschließen sei.

Gestern wurde in Wien die Ankunft des ungarischen Finanzministers Koloman v. Szell erwartet, welcher kommt, um gemeinsam mit dem diesseitigen Finanzminister die endgiltige Textierung des bisher nur prinzipiell beratenen Bankstatuts festzustellen.

Im deutschen Bundesrathe hat Preußen vorgestern eine schwere Niederlage erlitten. Die Mehrheit der Bundesstimmen verwarf nämlich den preussischen Antrag, Berlin zum künftigen Sitze des Reichsgerichtes zu machen, und stimmte für Leipzig. Eine weitere Entscheidung des Bundesrathes über Streitigkeiten zwischen Preußen und Sachsen in der Angelegenheit der Berlin-Dresdener Bahn soll demnächst von preussischer Seite provociert werden.

Die deutsche Reichspartei lehnte den Antrag der deutsch-konservativen Fraction auf eine Fusion ab. Der Vorstand ist beauftragt worden, dies den Konservativen mitzutheilen.

Die französische Deputiertenkammer hat sich in ihrer Montagssitzung mit dem Antrag der Herren Lacascade und Ferry, den Kolonien Guyana und Senegal eine Vertretung in der Kammer zu gewähren, beschäftigt. Der Marineminister hat zwar im Namen der Regierung diesen Antrag bekämpft, indem er darauf hinwies, daß man den beiden Kolonien auch Vertreter im Senate geben müßte, was augenblicklich verfassungsmäßig nicht möglich sei. Die Kammer ließ jedoch diesen Einwand nicht gelten und nahm den Gesekentwurf mit 310 gegen 142 Stimmen an. Die Deputiertenkammer verlagte sich hierauf bis Donnerstag. — Eine Versammlung der Deputierten der Linken, des linken Zentrums

unreifes, von Fischen nur sechs Stück konfiziert. Der Fleischbeschauer konfizierte das Fleisch einer kranken Kuh und faulen Schinken bei einem Greisler. Der Galaktometer wurde aufs neue eingeführt, und wird die diesbezügliche Kundmachung inbälde erscheinen. Die Kupfergeschirre in Kaffee- und Speisehäusern wurden einer zweimaligen Revision unterzogen, man fand im ganzen und großen durchwegs gut verzinnte Geschirre; in den Kaffeehäusern verdrängt glücklicherweise das Zinkblech immermehr das Kupfer. Der Stadtschiffahrtsamt hat das Verbot des Gebrauches unverzinneter Messinglöffeln zur Vereitigung von Eingefottenem beantragt, der Stadtmagistrat hat jedoch diesen Antrag abgelehnt.

IV. Kleiderstoffe.

Der Stadtschiffahrtsamt beantragte, daß das Marktcommissariat ihm Proben grüner Kleiderstoffe, Papiere, Kinderspielwaren behufs Untersuchung einliefern solle, doch wurde diesem Antrage nicht stattgegeben.

V. Geheim- und Arzneimitteln.

Die Apothekenrevision ergab, daß unsere Apotheken im besten, einige im ausgezeichneten Zustande sich befinden. Die Revision der Gifthändler (autorisierte) ergab ebenfalls ein befriedigendes Resultat. Der Verkauf von medikamentösen Stoffen, Geheimmitteln u. s. w. durch Spezereihändler wurde mit Erfolg eingeschränkt.

VI. Schulen.

Während der Diphtheritis-Epidemie wurden die Schulzimmer besonders an Ferientagen mit Carbonsäure desinfectiert und auch die Schulbänke einer täglichen Desinfection mittelst Eisenvitriol und carbonsäurem Kalt unterzogen.

und der Sambettischen Gruppe sprach sich am 27ten v. M. einstimmig dafür aus, daß die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung Cassagnacs ertheilt werde. Es ist demnach wahrscheinlich, daß die heute zu wählende Kommission sich in gleichem Sinne aussprechen werde.

Die englische Admiralität ordnete die sofortige Concentrierung der englischen Mittelmeerflotte in Malta an. Nur das Schiff „Research“ wird im Hafen von Pbräus verbleiben. Die Entfernung der Flotte aus den türkischen und griechischen Gewässern wird als eine Folge des Einvernehmens der Mächte betrachtet.

Das russische Wohlthätigkeitscomité in Moskau hat beschlossen, zur Unterstützung der nothleidenden Insurgenten in Bosnien zwanzigtausend Rubel beizutragen. Fürst Narischkin in Belgrad wird diese Summe übernehmen. Der Archimandrit Dutschitsch soll anstelle des Despotovic das Oberkommando der Insurgenten erhalten. Die weiteren Unterstützungen sind für Insurgentenbanden im Gesamtstande von 800 Mann berechnet worden.

Das rumänische Amtsblatt veröffentlicht die provisorischen Handelsconventionen, welche bis zum 1sten Mai mit Frankreich, England, Italien, der Schweiz und Holland abgeschlossen wurden. — Im Senate interpellirte Deschliu die Regierung, warum der Regietabak mit Gras gemischt sei.

Der Waffenstillstand mit Montenegro wurde behufs der Friedensverhandlungen formell um zwanzig Tage verlängert und sind die diesfalls erforderlichen Verfügungen bereits erlassen worden. Die montenegrinischen Delegierten treffen heute in Konstantinopel ein.

Die holländische Bauernrepublik Transvaal in Südafrika, 1852 von holländischen Kolonisten gegründet, die sich mit der englischen Herrschaft nicht befreunden konnten, daher auswanderten und mitten unter Zulus und Kaffern mit unglauolichem Heldennuthe einen Staat begründeten, der kräftig aufblühte, kann sich jetzt nicht mehr der Angriffe der wilden Stämme erwehren und wird wahrscheinlich von England annexiert werden. Im britischen Parlamente erklärte der Unterstaatssekretär Vorther diese Annexion für „durchaus zweckmäßig.“

Tagesneuigkeiten.

— (Kronprinz Rudolf auf der Sternwarte.) Kurz vor Beginn der Mondesfinsternis hatte sich Kronprinz Rudolf in Begleitung des G.M. v. Latour sowie des Hofraths Doppelreiter auf der Wiener Sternwarte eingefunden, um dort das Schauspiel der Mondesfinsternis zu beobachten. Professor Weiß gab die nöthigen Erläuterungen, denen der Kronprinz mit großem Interesse folgte. Erst nach einer Stunde verließ der Kronprinz die Sternwarte, dem Professor Weiß seinen Dank ausprechend, das Observatorium und begab sich sodann in die Sitzung der geographischen Gesellschaft.

— (Widmung Mosenthals an die Gemeinde Wien.) Unter den nachgelassenen Papieren des Dichters Mosenthals befand sich auch ein an den Bürgermeister Dr. Föder adressirtes versegeltes Schreiben, das von dem Testamentsvollstrecker an die Adresse beschriftet wurde. Das Schreiben lautete: „Der verehrte Herr Bürgermeister! Als ich in der Chronik der Stadt Wien die Geschichte des Bürgermeisters Conrad Borciaus las, der als Opfer seiner Treue und Gewissenhaftigkeit fiel, da glaubte ich durch die dramatische Bearbeitung dieses Stoffes, für welche ich meine besten Kräfte und gründlichsten Studien einzusetzen vermüht war, der geliebten Stadt, die mir seit dreißig Jahren die Heimat geworden, eine Guldigung, die einzige, die im Bereiche des Poeten liegt, darbringen zu können. Zur selben Zeit eröffnete

Der Bericht bespricht sodann VII. die Bade-Anstalten, Arreste und Spitäler und endlich VIII. die Friedhöfe, Leichenkammern und Leichentransporte.

Die zweite Hauptgruppe der Thätigkeit des Stadtschiffahrtsamtes bezieht sich auf seine Verwendung in Bezug auf Zugschiffe, Berichte, Gutachten, die Impfung, die Vaccination, Revisionen von Anstalten, der Rettungsgesellschaft über die Monas'störungen der Ärzte, die Leichenbeschau, die Obduktionen. Es folgt sodann der Bericht über die polizeiliche und armenärztliche Thätigkeit des Stadtschiffahrtsamtes.

Im Jahre 1875 wurden 1890 Individuen im Stadtgefängnisse angehalten, 132 Verletzte, darunter 97 Schwerverletzte, untersucht, ebenso die für das Zwangs-Arbeitshaus notationierten. Die Postulierten werden regelmäßig Untersuchungen unterzogen, doch klagt der Stadtschiffahrtsamt über das Mangelhafte der Einrichtungen in dieser Hinsicht sehr im Argen liegenden Frage.

Bezüglich der armenärztlichen Berichtigungen zählt der Bericht auf, daß 2560 Recepte an Arme ordinirt wurden; 1600 hievon vom Stadtschiffahrtsamt, 300 vom Stadtschiffahrtsamt, 120 vom Stadtarzt Dr. Ambros, die übrigen von Privatärzten, unter diesen erschienen mit alljährlich als die hervorragendst beteiligten die Privatärzte Dr. Reesbacher, Dr. v. Siöck und Dr. Schiffer.

Wie aus der vorstehenden gedrängten Skizze hervorgeht, führt uns der mit ebensoviel Fleiß und Beständigkeit als wissenschaftlichem Ernste ausgearbeitete Bericht ein zahlreiches und werthvolles statistisches Material zum Studium der Sanitätsverhältnisse unserer Stadt vor und empfiehlt sich somit allen hieran interessierten Kreisen zur eingehendsten Würdigung.

Dr. Laube das Wiener Stadttheater. Ich übergab ihm das Drama „Vorlauf“ zur Eröffnung desselben, er fand es nicht nur diesem Zwecke angemessen, sondern erklärte es für ein treffliches Stück, das er mit größter Satisfaction gelesen. Unter dem Autornamen Friedrich Lehner, den ich aus speziellen Gründen gewählt, erschien das Drama, doch erst am 7. Oktober. Der Erfolg war kein glücklicher. Die Darstellung geschah mit wenig ansehnlichen Kräften; das Publikum, das ein Werk nur beurtheilen kann, wie es ihm geboten wird, ließ das Drama, das am ersten Abend zehn Hervorrufe erzielte, in den nächsten gänzlich fallen. Dies die Geschichte „Vorlauf“; er würde zum zweitenmale auf der Seiterstraße hingeführt. Und zum zweitenmale habe ich die Kühnheit, ihm ein Weatmal zu setzen. Ich ersuche nämlich den hochwichtigen Herrn Bürgermeister von Wien, dieses von mir geschriebene Manuscript des Konrad Vorlauf, das der Leser vielleicht anders würdigt als der Zuschauer, als ein kleines Vermächtnis des Autors in die Bibliothek oder das Archiv des Wiener Magistrats gütlich niederlegen zu wollen. Nicht als ob ich den dichterischen Werth dieser Arbeit so hoch anschätze, nein, nur weil ich meine ganze Liebe und Anhänglichkeit an die herrliche und wie so theure Stadt Wien in diesem Drama zum Ausdruck zu bringen versucht habe. Die Gestattung zähle für die That. Die reichen Segenssprüche, die ich Vorlauf in den Mund gelegt, sie mögen sich an meinem geliebten Wien erfüllen. Mit innigster Verehrung Dr. S. S. Ritter von Rosenhayn. Wien, 18. Oktober 1872.“

(Zu viel auf einmal.) In Toulouse hat sich am 23ten d. M. ein Fall besonderer Fruchtbarkeit bei einer Frau ereignet. Frau Journet, die Gattin des bekannten Courierschiffers Apostols, ist von fünf Kindern entbunden worden, wovon zwei Knaben und drei Mädchen. Zwei derselben sind am Leben geblieben.

Lokales.

Auszug aus dem Protokolle

über die

ordentliche Sitzung des k. k. Landeslehrerathes für Krain in Laibach am 8. Februar 1877, unter dem Vorsitze des Herrn k. k. Landespräsidenten Boguslaw Kruier v. Wromann in Anwesenheit von acht Mitgliedern.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und läßt durch den Schriftführer die seit der letzten Sitzung erledigten Beschlüsse vortragen, deren Erledigung zur Kenntnis genommen wird.

Herr Schulrath und Direktor Dr. J. Mehál spricht dem Studium namens des Herrn Ferdinand Schmidt in Laibach den Dank für die ihm anlässlich der Schenkung einer Kaserensammlung an die Laibacher Oberrealschule gewordenen ehrenvolle Anerkennung aus und tadelt die Mitglieder des k. k. Landeslehrerathes zur Bestätigung dieser reichhaltigen Sammlung ein.

Der Vorschlag über die aus dem Normalschulsonde zu betretenden Anwartsbezüge des Lehrpersonals an allgemeinen Volksschulen pro 1878 und der Ausweisung über die aus Landesmitteln für Schulbauten anzusprechenden Unterstellungen werden an den krainischen Landesauschuß geleitet.

Das Majestätsgesuch einer Gymnasialprofessorin Witwe um jährliche Gnadengaben für ihre Tochter wird dem hohen Ministerium für Kultus und Unterricht unterbreitet.

Die Einführung des Halbtagsunterrichtes in der ersten Klasse einer Volksschule wird genehmigt.

Der Bericht des k. k. Landeslehrerinspektors für Volksschulen über die im Schulbezirke Voitsch vorgenommene Inspection wird zur Kenntnis genommen und werden entsprechende Weisungen erlassen.

Remunerationsgesuche werden erledigt.

Die Gnade zur Regelung der Weide- und Waldverhältnisse in Oberkrain.

(Fortsetzung.)

In Erwiderung der von uns gestern vollinhaltlich mitgetheilten 11 Beschwerdepunkte der eingeforderten Gemeinden gegen die krainische Industrie-Gesellschaft bemerkt der Direktor derselben, Herr Karl Luckmann:

Was zunächst die Erforschung der Ursachen anbelangt, weshalb seit dem Bestehen der Industrie-Gesellschaft so viele Strafen und Beschwerden vorkommen, so müsse er auf die früheren Rechtsverhältnisse hinweisen, welche diese Folgen theilweise verursachten. In Oberkrain besteht seit Menschengedenken eine ausgebreitete Eisenindustrie, die Gewerkschaften in der Woche haben nach der Geschichte Krains von Dimity schon seit Römerzeiten bestanden, alle diese Gewerkschaften sind auf den Betrieb mit Holzlohlen angewiesen und suchten sich den Holzbezug in den bedeutenden Waldungen der Herrschaft Belbes so viel als möglich zu sichern.

Aus den diesfälligen Verträgen und der verschiedenen Auslegung derselben sind vor langer Zeit schon Streitigkeiten bezüglich des Waldeigentums entstanden, welche nach theilweiser Ablösung der Urbargaben in den fünfziger Jahren eine solche Ausdehnung erreichten, daß die politische Sequestration der meisten Waldungen in Oberkrain eingeführt wurde, um letztere vor gänzlicher Devastierung zu schützen. Früher hatte eben niemand ein Interesse daran, kahle Flächen aufzuforsten, da deren Eigenthum von verschiedenen Parteien angesprochen wurde und unter solchen Umständen jedermann,

unbekümmert um die Zukunft, nur bestrebt war, so viel als möglich dem Waldbestande für sich zu entnehmen.

Unter der Sequestration und nach Anlauf der Herrschaft Belbes durch Herrn B. Ruard wurden diese Zustände theilweise gebessert, und daß auch schon damals viele Strafen wegen Forst- und Weidestregel vorkamen, beweist der Umstand, daß die Sequestrationskasse noch heute circa 25,000 fl. Waldschädnersätze einzubringen hat und desgleichen auch Herr B. Ruard als früherer Besitzer der Herrschaft Belbes viele Waldschädnersätze ausständig besitzt. Die Eigenthumsverhältnisse wurden erst durch die Industrie-Gesellschaft vollständig geklärt, welche sämtliche in Streit befindliche Werke und die Herrschaft Belbes käuflich übernommen, Vergleiche mit dem k. k. Montanärar und mehreren anderen Parteien abgeschlossen hat; gleichzeitig erflossen die Erkenntnisse der Grundlasten-Ablösungsbehörden und das Eigenthum, welches früher von manchen Seiten bestritten wurde, ist nun ein allgemein anerkanntes.

Es ist wol natürlich, daß das Eigenthum vom Besitzer, welcher auf die Zukunft Bedacht nimmt, sorgfältiger verwaltet wird, als dies unter den früheren Verhältnissen der Fall war. Die vorgegangene übermäßige Ausnutzung der Wälder nöthigte die Gesellschaft, den Bezug der eigenen Werke an Holz bedeutend zu reduzieren, wie dies die öffentlichen Rechenschaftsberichte der Gesellschaft nachweisen; andererseits wurde es als Hauptaufgabe des gesellschaftlichen Forstamtes betrachtet, die vielen kahlen Flächen aufzuforsten und deren Beweidung hintanzuhalten, damit der Waldboden seiner Bestimmung zurückgegeben werde.

Diese Maßregeln und die Errichtung der Schonungsflächen, welche allerdings eine gute Weide geben mögen, bilden nun den Hauptgrund aller Beschwerden, und da sich ein Theil der Bevölkerung den im Interesse einer geordneten und rationellen Volkswirtschaft gebotenen Anordnungen leider nicht fügen will, so resultieren als bedauerliche, jedoch naturgemäße Folgen dieser Renitenz die vielen Strafen. Die Gesellschaft ist jedoch nicht imstande, von Errichtung der Schonungsflächen abzulassen; Redner will dies hier nicht mit den Interessen der Gesellschaft selbst begründen, welche er natürlich zu wahren berufen ist, sondern will vor der verehrten Versammlung nur die Gründe des öffentlichen, allgemeinen Interesses dafür anführen.

Die Wäldungen sind, wie bereits erörtert, unter den früheren Verhältnissen zum Theile devastiert worden, und wenn deren unbeschränkte Beweidung fortdauert, so ist Gefahr vorhanden, daß nach Vermoderung der Wurzelstöcke, der Humus vom Wind und Wasser entfernt wird und der nackte Fels zum Vorschein kommt, welcher sodann keinen Holz- und keinen Weide-Ertrag mehr bieten kann, wie dies in Oberkrain leider schon vielfach zu bemerken ist, namentlich bei jenen Gründen, welche sich in Gemeindeverwaltung befinden und schonungslos angeweidet werden, so z. B. die Gründe um den Beldezer See etc. Die Herren, welche Oberkrain weniger kennen, mögen nur bei der Fahrt auf der Rudolfsbahn von Les bis Aßing auf der rechten Seite der Bahn die Gegend ansehn und sie werden den ausgesprochenen Karst finden.

Redner bestreitet ferner, daß die Bevölkerung Oberkrains größtentheils von der Viehzucht und den Weidplätzen abhängt und behauptet, daß, so erwünscht ihnen auch dieser Erwerb sein möge, erstere doch unmöglich von der Landwirtschaft und Viehzucht allein leben könnte, wenn sie nicht bei der Eisenindustrie Verdienst finden würde. Die vereinigten Oberkrainer Werke der Gesellschaft vertheilen bei gegenwärtigem, infolge der schlechten Conjunctur sehr reduziertem Betriebe an Arbeits- und Fuhrlohnen 600,000 fl., bei gutem Betriebe aber über 1 Million Gulden jährlich; die Bevölkerung habe daher durch die Gesellschaft Gelegenheit, in der Zeit, als sie die landwirthschaftlichen Arbeiten nicht in Anspruch nehmen, entweder durch Holz- und Verkohlungsarbeiten, oder durch Fuhrten baren Verdienst zu erwerben, und diesem Umstande muß Redner es ausschließlich zuschreiben, daß die Oberkrainer Bevölkerung verhältnismäßig wohlhabend, theilweise sogar vermögend ist.

Direktor Luckmann weist ferner darauf hin, daß notorisch das große Kapital, welches die krainische Sparkasse verwaltet, nahezu ausschließlich von Oberkrain stammt, während Unterkrain mit den viel besseren Gründen und glücklichen Bodenverhältnissen dieses Geld entleeren muß und mit Noth kämpft. Die Erklärung für diesen Unterschied kann nur die Industrie Oberkrains bieten, welche daher aus öffentlichen Rücksichten, wenn irgend möglich, erhalten werden muß; die Basis dafür ist nun eine gute Forstwirtschaft, welche bestehen bleiben soll, so unangenehm solche auch einem Theile der Bevölkerung sein mag, denn sonst würde das schöne Oberkrain nur zu bald verwüstet und die Leute zur Auswanderung gezwungen sein.

Der Waldboden muß vorzugsweise dem Holztrage gewidmet bleiben und die Weide darf nur eine Neben-nutzung bilden; es fällt jedoch der Gesellschaft nicht ein, Alpengründe aufzuforsten oder die Schonungsflächen übermäßig auszudehnen, die Gesellschaft beschränkt sich auf das unbedingt Nöthige, und die vielen Verhandlungen, Gutachten der Sachverständigen, die darüber erflossenen Erkenntnisse und deren Entscheidungsgründe, welche den anwesenden Herren zum Theile bekannt sind und hier

vorgelegt werden, geben den sprechendsten Beweis dafür, nachdem durch dieselben nachgewiesen erscheint, daß die Aufforstungen noch nicht das vom Forstgesetze im § 10 vorgeschriebene Minimum von ein Sechstel der Waldfläche erreicht haben.

Außer den dargelegten Gründen des speziellen Interesses der Gesellschaft und dem allgemeinen öffentlichen Interesse von Oberkrain sind es also gesetzliche Gründe, welche es der Gesellschaft ganz unmöglich machen, den Wünschen eines Theiles der Bevölkerung nachzukommen, und der Direktor hofft, daß letztere zur Einsicht gelangen und sich den Bemühungen der Gesellschaft nicht feindlich gegenüberstellen wird.

Was nun die Ausweisung des Holzbedarfes der Eingeforderten anbelangt, so ist es wol möglich, daß solche vor dem Bestande der Industrie-Gesellschaft, d. h. in der Zeit, als das Eigenthum streitig und die Forstaufsicht zum Theile sogar den Gemeinden anvertraut war oder durch die k. k. Sequestration ausgeübt wurde, reichlicher war als jetzt und die Berechtigten theilweise verwohnt wurden, allein Redner versichert, daß in dieser Beziehung ganz objektiv vorgegangen und allen berechtigten Ansprüchen Rechnung getragen wird, der Vorwurf irgend einer Chicanes müsse auf das entschiedenste zurückgewiesen werden und die Ausweise über die jährlich an die Eingeforderten abgegebenen Holzquantitäten mögen dies bestätigen; übrigens siehe jedermann der Beschwerdeweg an die Direction, eventuell an die politische Behörde offen.

Um diese Verhältnisse zu ändern und die Durchführung der Entlassung zu beschleunigen, habe die Gesellschaft das Mögliche gethan; wo es irgend möglich war, wurden gütliche Vergleiche geschlossen, welche die Gesellschaft bei allen Berechtigten in erster Linie anstrebte, und wenn solche bisher nur bei einigen Gemeinden durchgeführt wurden, so liegt die Schuld an den übermäßigen Ansprüchen der anderen Beteiligenden, welche über ihre Rechte übel berathen zu sein scheinen; überdies werden von letzteren über jede Erhebung Klatsche überreicht, solche bleiben beim hohen Ministerium längere Zeit liegen, und selbst nach Anlangen der Erkenntnisse werden Nachtrag-Ansprüche gestellt, welche neue Verzögerungen bereiten; in neuester Zeit wurden überdies sehr belagende Aufschube in den Grundablosungsgeschäften dadurch hervorgerufen, daß der Herr Bezirks-hauptmann von Radmannsdorf abberufen und die Leitung der Bezirkshauptmannschaft dem Herrn Leiter der Lokalkommission übertragen wurde, wodurch letzterer nicht mehr imstande ist, sich den Ablösungsgeschäften zu widmen.

Die Gesellschaft — schließt Redner — würde es dankbar anerkennen, wenn der verehrliche Zentralauschuß der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft die Vorstellungen der Industrie-Gesellschaft um Beschleunigung der Ablösung bei der hohen Regierung unterstützen wollte. Was die übrigen Beschwerdepunkte anbelangt, so ersucht er den Herrn Forstmeister Seitner, darauf zu antworten und dieselben zu widerlegen.

Vorher befragt der Vorsitzende die anwesenden 11 bäuerlichen Abgeordneten, ob dieselben den Inhalt der Luckmann'schen Erwiderung verstanden haben. Da letztere dies verneinen, so resumiert Freiherr v. Wurzbach dieselbe in slovenischer Sprache und erteilt sodann dem Forstmeister der Industrie-Gesellschaft Herrn Seitner das Wort.

(Fortsetzung folgt.)

(Laibacher Volksst. u. c.) Dem zu glückwünschen „Volksst. u. c. Verein“ sind weitere als Mitglieder beigetreten die Frauen: Antonie Weinhart, Auguste Wezel, Baronin Mac-Reben v. Ocell, Fräulein Mathilde Pallusa; die Herren: F. Supanik, Anton Czerny, C. J. Paman, Rudolf Freiherr v. Apfalkern, Karl Beytschlag, Dr. Josef Starc, Michael Pergl, Edoard Puppo und Anton Schmalz.

(Kreditverein der krainischen Sparkasse.) Donnerstag den 8. d. M. um halb 5 Uhr nachmittags findet im Sparkassen-Amtslokale die Plenarversammlung des Kreditvereins der krainischen Sparkasse statt. Die Tagesordnung derselben besteht aus folgenden Punkten: 1.) Bericht des Comité's der Kredittheilnehmer über die Geschäftsergebnisse pro 1876; 2.) Bericht des Revisions-Ausschusses über den Rechnungs-Abschluß pro 1876; 3.) Wahl von 4 Comité-Mitgliedern an die Stelle der durch das Los zum Austritte bestimmten Herren: Albin Kschik, Thomas Loknikar und Johann Nathian, bann des verstorbenen Herrn Paul Polzeg; 4.) Wahl des Revisions-Ausschusses pro 1877, bestehend aus drei nicht zu den Verwaltungsorganen gehörigen Kredittheilnehmern; 5.) allfällige Anträge.

(Jahresversammlung.) Samstag den 10. d. abends 8 Uhr findet im Kasino-Klubzimmer die Jahresversammlung des „Laibacher Turnvereins“ statt. Bei derselben wird der Rechenschafts- und Kassenbericht über das abgelaufene Vereinsjahr erstattet und zugleich die Neuwahl des Turnrathes und die Feststellung des Boranschlages für das Vereinsjahr 1877 vorgenommen werden. Da zur Beschlußfähigkeit der Versammlung die Anwesenheit von ungefähr 40 Mitgliedern erforderlich ist, so ergeht an die Vereinsmitglieder die dringende Einladung, sich zu derselben zahlreich einzufinden zu wollen.

(Turnerkneipe.) Bei der heute abends in der Kasino-restaurant stattfindenden Kneipe des „Laibacher Turnvereins“ wird auch der gegenwärtig in Laibach weilende Bisther-spieler Herr J. P o n h o l z e r einige Pièces vortragen. Ferners findet eine Besprechung über die in der nächsten Jahresversammlung vorzunehmende Neuwahl des Turnrathes statt, aus welchem

Grunde daher ein zahlreicher Besuch der heutigen Kneipe besonders erwünscht wäre, um über die aufzustellende Kandidatenliste die nöthige Einigung zu erzielen.

(Gymnastiker-Gesellschaft.) Montag den 5. d. M. beginnen im hiesigen Theater die Vorstellungen der renommierten Gymnastikergesellschaft des Herrn Darien Volta. Wie wir auf Grund zahlreicher Rezensionen der auswärtigen Kritik, die sich über die genannte Gesellschaft durchwegs in lobendster Weise ausdrückt, schließen zu können glauben, dürften wir es hier thatsächlich mit einer Künstlergesellschaft ersten Ranges zu thun haben.

(Salvators Ehre des Herzogthums Krain.) Von diesem Werke ist in rascher Folge soeben die fünfte Lieferung erschienen, welche das 2. Heft zum I. Buche bildet. Dasselbe enthält das Verzeichniß der in der Chronik angeführten „Scribenten“ und anknüpfend daran das I. Buch selbst bis pag. 32, welches den Ursprung des Namens und der Bevölkerung von Krain behandelt.

(Lipizzaner Pferde.) Aus dem k. k. Hofgestütze in Lipizza werden diesertage 40 auserlesen schöne Pferde in den Hofmarkhall nach Wien expedirt.

(Feuer in Stob.) Am 19. v. M. um 12 Uhr nachts kam in der Dreschtheune des Grundbesizers Jakob Kos in Stob, Gemeinde Domžale im politischen Bezirke Stein, ein Schadenfeuer zum Ausbruch, welches die genannte Dreschtheune nebst einer Schuppe und das Wohnhausdach des Jakob Kos sowie die anstoßende Getreidegarbe des Grundbesizers Johann Zandar einschaltete.

Theater.

(-g.) Am verfloffenen Mittwochabend hörten wir eine Reprise von Nicolai's „Die lustigen Weiber von Windsor.“ Die Vorstellung fand zum Vortheile unseres äußerst tüchtigen und stets mit der verdienten Anerkennung genannten Opernfängers Herrn Wankler statt, welcher auch diesmal in der Partie des „Falstaff“ exzellirte.

Vorgestern nahm Herr Lesser als „Königslieutenant“ Abschied von Laibach. Für jeden Verehrer klassischer Dramen — wozu Gutzkow's „Königslieutenant“ jedenfalls gerechnet werden muß, das gleichsam aus der Epigonenperiode in eine frühere Zeit zu ragen scheint — wurde der Abend zum Feste. Gewiß aber fiel es jedermann um so schwerer, Herrn Lesser in dieser seiner weitaus künstlerischsten Leistung scheidend zu sehen.

Die übrigen Rollen im „Königslieutenant“ waren gut besetzt. Fr. Arendorf spielte den „Wolfgang“ mit Annuth und Sicherheit. Warum „Fron Goethe“ nicht von Frau Schubert gespielt wurde, ist uns nicht recht klar; zum mindesten hätte sie passendere Toilette gemacht als Fr. Fischel, die in einem Hauskleide mit ballmäßiger Decolleté erschien.

Börsenbericht.

Wien, 1. März. (1 Uhr.) Die Börse verkehrte in bedeutend gebesselter Stimmung. Einerseits wurden abwärts gerichtete Speculation in Devisen.

Table with columns for 'Waren', 'Geld', 'Börse', 'Actien von Banken', 'Actien von Transport-Unternehmungen', 'Grundentlastungs-Obligationen'.

Frau Frisch die „Cretel“ gab, wurde der Abend noch besser herausgeholt. Im allgemeinen graffierte Gedächtnischwäche.

Frau Ströhl überraschte uns gestern aus Anlaß ihres Benefizes mit drei Scherzen: einem dramatischen, einem musikalischen und einem pantomimischen. Aber auch diese reiche Auswahl von Genüssen vermochte nur ein kleines Häuflein Theaterbesucher heranzulocken, welche sich zu Ehren unserer verdienstvollen „komischen Alten“ im Musentempel versammelten und dieselbe mit reichlichem Beifall an dem zu entschädigen suchten, was ihr die Nichterschiene auf anderem Wege entgehen ließ.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „L. u. Z.“)

Wien, 2. März. Die „Politische Korrespondenz“ meldet in einem Telegramm aus Cattaro vom 2. d. M.: Der ganze Miriditenstamm ergriff die Waffen und belagert das auf der Straße nach Prizren gelegene türkische Fort Pula. Derwisch Pascha entsendete von Skutari Truppen, um Pula zu entsetzen, auch von Prizren sind türkische Truppen im Anmarsche, um die Miriditenrevolte zu bewältigen.

Rom, 2. März. Die Kammer, das Incompatibilitätsgesetz berathend, lehnte den von Nicotera als Mißtrauensvotum gegen das Ministerium belämpften Antrag Bertani's: das Gesetz gleichzeitig mit der Wahlreform in Wirksamkeit treten zu lassen — ab.

Konstantinopel, 2. März. Die montenegrinischen Delegierten sind eingetroffen und äußern vom Wunsche nach Frieden besetzt. Die Verhandlungen werden morgen beginnen. — Die Befehle zur Räumung des serbischen Gebietes binnen zwölf Tagen sind bereits ergangen.

Washington, 2. März. In der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung beider Kongreßhäuser wurde Hayes, als mit 185 Stimmen gewählt, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten proklamiert.

Pest, 1. März. (Presse.) Wie der „Lloyd“ meldet, glaubt man in politischen Kreisen an den bevorstehenden Einmarsch der Russen in Rumänien trotz aller Dementis. Bukarester Briefe sprechen die Befürchtung aus, daß Rußland ohne irgend eine Convention Rumänien besetzen, die Regierungsgewalt ipso facto an sich reißen werde, pro forma das Ministerium fortbestehen lassend, aus welchem Bratiano ausscheiden und gefügigeren Leuten (wie Floresco) plazmachen würde.

Semlin, 1. März. (N. W. Tgl.) Die bosnischen Insurgenten, welche den serbisch-türkischen Frieden als für sie unverbindlich betrachten, erklären, den Kampf fortsetzen zu wollen. Da der Fürst Milan für die Befreiung Bosniens nichts gethan, so seien sie aller etwaigen Verbindlichkeiten, welche aus der Proklamierung Milans zum Herrscher von Bosnien für sie fließen sollten, enthoben und werden für die Erreichung des von ihnen angestrebten Zieles selbständig handeln.

Theater.

Heute: Zum erstenmale: Der große Wurf. Lustspiel in vier Aufzügen von Julius Rosen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 2. März. Papier = Rente 62.75. — Silber = Rente 67.65. — Gold = Rente 74.20. — 1860er Staats-Anlehen 108.75. — Bank-Noten 82.9. — Kredit-Actien 150.30. — London 123.60. — Silber 113.40. — R. l. Münz = Dukaten 5.93. — Napoleons'or 9.88. — 100 Reichsmark 60.70.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Verlosung.

1864er Prämienheine. Bei der am 1. März vorgenommenen 62. Verlosung der Serien und Gewinnnummern der Staatsschuldverschreibungen des k. k. österreichischen unterzeichneten Prämienanlehens vom 11. Februar 1864 wurden die nachstehend aufgeführten vierzehn Serien gezogen, und zwar: S. 355 480 740 969 1020 1065 1194 1214 2044 2198 2697 2727 8631 und 3920. Aus den angeführten verlosenen vierzehn Serien wurden die nachfolgenden fünfzig Nummern mit den nebenbezeichneten Gewinnen in österreichischer Währung gezogen, und zwar: der zweite Haupttreffer mit 200,000 fl. auf S. 1020 Nr. 45, der dritte Treffer mit 20,000 fl. auf S. 1214 Nr. 40, der vierte Treffer mit 15,000 fl. auf S. 1214 Nr. 2 und der fünfte Treffer mit 10,000 fl. auf S. 355 Nr. 12; ferner gewonnen je 5000 fl.: S. 969 Nr. 99 und S. 1065 Nr. 91; je 2000 fl.: S. 355 Nr. 32, S. 740 Nr. 28 und S. 1214 Nr. 61; je 1000 fl.: S. 969 Nr. 52, S. 1020 Nr. 27, S. 2697 Nr. 5, 57 und 65 und S. 2727 Nr. 40; je 500 fl.: S. 355 Nr. 80, S. 1020 Nr. 91, S. 1065 Nr. 7 und 63, S. 1194 Nr. 65 und 94, S. 1214 Nr. 8, 39, 85 und 100, S. 2044 Nr. 74, S. 2697 Nr. 93, S. 2727 Nr. 89, S. 3631 Nr. 9 und S. 3920 Nr. 35; je 400 fl.: S. 355 Nr. 74, S. 480 Nr. 4 und 46, S. 969 Nr. 89 und 96, S. 1020 Nr. 35 und 87, S. 1194 Nr. 2, 51, 52, S. 1214 Nr. 53, 60 und 67, S. 2198 Nr. 31 und 47, S. 2697 Nr. 13, 14 und 97, S. 2727 Nr. 45 und 68. Auf alle übrigen in den angeführten verlosenen vierzehn Serien enthaltenen und hier nicht besonders verzeichneten 1350 Gewinnnummern der Staatsschuldverschreibungen fällt der geringste Gewinn von je 195 fl. ö. W.

Verstorbene.

Den 23. Februar. Valentin Bezjak, Institutsbarmer, 63 J., Polanastraße Nr. 60, Lungentuberkulose. — Maria Probst, Zwöbnerin, 61 J., Bivulspital, Eventration. Den 24. Februar. Johann Zeran, Tischlerkind, 21 J., Wienerstraße Nr. 7, Fraisen. — Elisabeth Trepp, Zwöbnerin, 78 Jahre, St. Florianstraße, Rippenfellentzündung. — Johann Schwabel, Blüthenmachermeister, 77 J., St. Petersstraße Nr. 18, Enttäufung. — Lukas Bertnit, Tagelöhner, 38 J., Bivulspital, Wechselfieber-Parozie. Den 25. Februar. Marianna Lozar, Hüblerspitzer, 71 J., Deutscher Platz Nr. 5, Lungenblutfluss. — Georg Schreyer, Tagelöhner, 28 J., Lungentuberkulose. — Maria Pirz, Zwöbnerin, 71 J., Polanastraße Nr. 18, Brustwassersucht. Den 26. Februar. Josef Humle, k. k. Postamtsdienest, 1 Mon., Fluggasse Nr. 8, Atrophie. — Michael Smek, bürgerl. Handelsmann und Realitätenbesizer, 73 J., Wienerstraße Nr. 9, Schlagfluß. Den 26. Februar. Josefa Kovac, Inwohnerin, Tochter, 19 J., unterm Goluzberg Nr. 36, Zehrfieber. Den 27. Februar. Josefa Bartel, Hausbesitzerin, 63 J., alter Markt Nr. 20, Schleimschlag. — Maria Kral, Beiterstgattin, 55 J., Aemonastraße Nr. 19, Tuberkulose.

Angewandte Fremde.

Am 2. März. Hotel Stadt Wien. Breyer, Rsm., Birtiz. — Widenpil, Rsm., Nürnberg. — Janisch, Wippach. — Damask u. Krauß, Rsm., Gentschel, Reif., und Volta, Wien. — Schult, Geschäftsmann, Sagor. Hotel Elefant. Krauper, Rsm., Graz. — Samast, Sekretär, Pest. — Fröhlich, Stein. — Mahortschitsch, Trieste. — Terdina, Geschäftsmann, Klagenfurt. Bairischer Hof. Slavta, Lehrer, Innerertrain. — Urbanec, Oberlaibach. Stadt Laibach. Strem, Mörtling. — Füll, Götz. Rabren. Eckerberger, Bezirkssekretär, Reinfiz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns for 'Zeit', 'Barometernstand', 'Lufttemperatur', 'Wind', 'Wasser', 'Witterung', 'Witterungsbeobachtung'.

Morgenroth, tagsüber heiter; stürmischer Wind; stürmische Nacht. Kälte im Zunehmen. Das Tagesmittel der Temperatur -4.5°, um 6.4° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Grundentlastungs-Obligationen.

Table with columns for 'Waren', 'Geld', 'Börse' for 'Böhmen', 'Niederösterreich', 'Salizien'.

Nachtrag: Um 1 Uhr 30 Minuten notieren: Papierrente 62.70 bis 63.—. Silberrente 67.40 bis 67.60. Goldrente 74.05 bis 74.10. Napoleons 9.88 bis 9.89. Silber 113.60 bis 113.70.

Actien von Transport-Unternehmungen.

Table with columns for 'Waren', 'Geld', 'Börse' for 'Alföld-Bahn', 'Donau-Dampfschiff-Gesellschaft', 'Elisabeth-Westbahn', 'Ferdinands-Nordbahn'.

Actien von Banken. Anglo-öftr. Bank 70.75 71.—. Kreditanstalt 150.— 150.25. Depositenbank 126.— 127.—. Kreditanstalt, ungar. 123.25 123.50. Eskompt-Anstalt 670.— 680.—. Nationalbank 830.— 832.—. Oeftr. Bankgesellschaft —.— —.—. Unionbank 51.— 51.50. Verkehrsbank 79.50 80.—. Wiener Bankverein 50.— 51.—.

Pfandbriefe.

Table with columns for 'Waren', 'Geld', 'Börse' for 'Allg. öftr. Bodenkreditanst. (i. G. u. B.)', 'Nationalbank', 'Ung. Bodenkredit-Institut (B. u. B.)'.

Prioritäts-Obligationen. Elisabeth-B. l. Em. 90.50 91.—. Ferd.-Nordb. in Silber 106.— 106.50. Franz-Joseph-Bahn 89.50 89.75.

Devisen.

Table with columns for 'Waren', 'Geld', 'Börse' for 'Auf deutsche Plätze', 'London, kurze Sicht', 'London, lange Sicht', 'Paris'.

Geldsorten. Dukaten 5 fl. 88. Napoleons'or 9.88. Deutsche Reichsbanknoten 60.60. Silbergulden 113.40.

Krainische Grundentlastungs-Obligationen. Privatnotierung: Geld 90.—, Ware 70.— bis 75.—. Kredit 150.30 bis 150.40. Anglo 70.50 bis 71.—.